

Editorial

Liebe Leser*innen,
Liebe Genoss*innen,

mit unserem Newsletter informieren wir euch wie gewohnt über die vergangene Ratssitzung.

Bei der letzten Ratssitzung haben wir einen Antrag zur Einrichtung eines Härtefallfonds zur Verhinderung von Energie- und Wassersperren eingebracht. Weitere wichtige Themen waren die Neufassung des 10-Punkte-Programms für mehr bezahlbaren Wohnraum in Osnabrück, die Veräußerung von städtischen Grundstücken an Investoren, wie man die Osnabrücker Innenstadt zukunftsfähig macht und die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen. Eine sehr hitzige Debatte gab es über dem Greensillbank-Skandal, welcher der Stadt Osnabrück einen 14-Millionen-Verlust beschert.

Solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke und
Martin

Termine

20.04.2021 Ratssitzung,

OsnabrückHalle, 17:00 Uhr

Wann und wo die nächsten

Ratssitzungen stattfinden,

lässt sich über das [Ratsinformationssystem](#) herausfinden.

Härtefallfonds zur Verhinderung von Energie- und Wassersperren einrichten



Quelle: DIE LINKE Ratsfraktion Hannover

Viele Menschen können die explodierenden Energiekosten nicht mehr gleichen. Laut [Strom-Report](#) stieg der durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte seit der Jahrtausendwende von 13,94 auf 31,89 Cent pro Kilowattstunde im Jahr 2021. Im Jahr 2019 wurden in Osnabrück an 70.000 Haushalten Mahnschreiben geschickt. In rund 500 Wohnungen drehten die Energieversorger säumigen Zahlern den Strom ab, ohne dabei auf soziale Härtefälle Rücksicht zu nehmen.

Grundlegend muss diese Praxis vom Bundestag verboten werden, doch leider haben wir LINKE mit unseren Anträgen dahingehend bisher keinen Erfolg. Daher haben wir das Thema schon mehrmals auf die Tagesordnung von Rat und Ausschüssen gebracht, um kommunale Spielräume zu nutzen.

In unserem [Antrag](#) forderten wir ein Konzept zur Ausgestaltung eines Härtefallfonds zur Verhinderung bzw. Reduzierung von Energie- und Wassersperren zu entwickeln.

Für uns LINKE ist die Versorgung mit Energie ein grundlegendes Element der Daseinsvorsorge. Die Versorgung mit Strom, Gas, Elektrizität und Wärme gehören zu den existentiellen Mindestbedürfnissen und sind eine Grundvoraussetzung für menschenwürdiges Wohnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Für uns als LINKE gilt ganz klar, dass niemand in Dunkelheit und Kälte sitzen gelassen werden darf. Leider bekamen wir für unseren Antrag keine Unterstützung der anderen Fraktionen und Gruppen im Osnabrücker Stadtrat. Verabschiedet wurde stattdessen ein [Änderungsantrag](#) der FDP-Fraktion, der die Verwaltung auffordert in Kooperation mit dem Projekt Stromspar-Check und den Stadtwerken Osnabrück

Möglichkeiten zur Reduzierung von Energie- und Wassersperren entwickelt. Dies ist für uns nicht zielführend, da wir ein neues Instrument brauchen und nicht zum wiederholten Male darüber reden müssen, welche Optionen es bisher gibt – diese reichen schlicht nicht.

Zum Hintergrund:

In Hannover gibt es bereits seit dem Jahr 2011 den enercity-Härtefallfonds, gegründet gemeinsam vom Versorger enercity und der Landeshauptstadt Hannover. Aus dem Fonds, gespeist mit 150.000 € jährlich, konnten bereits in hunderten Fällen Gelder zur Abwendung oder Aufhebung von Sperren ausgezahlt werden. Dem guten Beispiel von Hannover folgend hat Rot-Rot-Grün in Bremen Anfang des Jahres ebenfalls Härtefallfonds eingerichtet.

Osnabrücker*innen brauchen bedarfsgerechte und bezahlbare Wohnungen



Zur Verwaltungsvorlage „Änderung des Handlungsprogramms Bezahlbarer Wohnraum - Wohnraumprogramm“ brachte die Linksfraktion einen [Änderungsantrag](#) zum „Wohnraumprogramm der Stadt Osnabrück: bedarfsgerecht – bezahlbar – zukunftsorientiert“ ein:

Fortsetzung von Seite 1

Die vorrangige Schaffung von mehrgeschossigen Mietwohnungsbau, 50% sozial gebundener Wohnraum auf Neubauflächen (ab 8 zu errichtenden Wohneinheiten), die Vermarktung städtischer Grundstücke vorrangig in Erbpacht und der Erhalt von bestehenden alternativen Wohnprojekten wie die WabOs sind unsere Vorschläge für eine vorwärtsweisende Novellierung des bisherigen „10-Punkte-Handlungsprogramm Bezahlbarer Wohnraum“. Die Linksfraktion forderte außerdem einen grundlegenden Wandel bei der Veräußerung von städtischen Grundstücken. Grundstücke sollen zukünftig in einem konzeptionellen Bieterverfahren zur Erbpacht angeboten werden. Dafür muss der Erbpachtszins allerdings gesenkt werden. 1% ist bei der den derzeitigen niedrigen Darlehenszinsen angemessen. .

Die CDU-Fraktion brachte einen weiteren [Antrag](#) ein, dass städtische Grundstücke nicht weiter im Höchstgebotsverfahren an Investoren veräußert werden und Familien mit Kindern Chance auf Wohneigentum bekommen. Als während der Ratsversammlung die Fraktion Bündnis 90/Grüne erklärte, den Passus Erbpachtverträgen aus ihrem eigenen [Änderungsantrag](#) zum CDU-Antrag herauszunehmen, intervenierte Giesela Brandes-Steggewentz. „Wir wollen keine Veräußerung von städtischen Grundstücken, sondern das Erbbaurecht zum Standard in Osnabrück machen“. Daraufhin die polemische Reaktion vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Brickwedde: „Sie haben ein sozialistisches Menschenbild und wir haben ein freiheitliches.“

Zum Hintergrund:

Laut der Veröffentlichung [„Umfrage zur Lebensqualität in deutschen Städten – Ergebnisbericht“](#) können nur noch 16 Prozent der Osnabrücker*innen der Aussage zustimmen, dass es einfach sei, in Osnabrück eine Wohnung zu finden. Dem Osnabrücker [Monitoringbericht 2020](#) zufolge sank in den letzten 10 Jahren die Zahl der Bindungen im Mietsegment um über 38 Prozent von 2.068 Wohnungen im Jahr 2012 auf 1.277 Wohnungen im Jahr 2019. Auch wird viel zu wenig gebaut. So gab es im Jahr 2019 bei den Baufertigstellungen einen Rückgang um fast 58 Prozent auf 179 Wohneinheiten.

Osnabrücks Innenstadt zukunftsfähig machen

Im September 2020 wurde die Stadt Osnabrück per Ratsbeschluss verpflichtet unter Beteiligung externer Expertise ein Forum „Zukunftsfähige Innenstadt“ einzuberufen. Die Linksfraktion erkundigte sich im März 2021 per [Anfrage](#) nach dem Umsetzungsstand. Die Antwort der Stadtverwaltung ist absolut enttäuschend. Die Abstimmungsgespräche mit der Marketing Osnabrück (oM) und der Wirtschaftsförderung Osnabrück (Wfo) laufen noch.

Erst am 11. März hat die private Beratungsagentur CIMA die Ergebnisse für einen Maßnahmenplan für die Osnabrücker Innenstadt der Stadtverwaltung vorgestellt. Den Zeitpunkt Herbst 2021 für die Konstituierung des Forum Innenstadt findet die LINKSfraktion viel zu spät. Unsere Forderung nach einem Innentadtgipfel schon angesichts der Schließung des Warenhauses GALERIA Karstadt Kaufhof ist aktueller denn je. Durch den Lockdown herrschte monatelang Tristesse in der Osnabrücker Innenstadt: Ausgestorbene Fußgängerzonen, dunkle Schaufenster und Räumungsverkaufsschilder, gespenstische Stille... Auch die Öffnungen von Geschäften mit Terminabsprachen seit Anfang März haben die Situation nicht grundlegend verändert.

Folgerichtig unterstützten wir den CDU-Grünen-Antrag das Forum „Zukunftsfähige Innenstadt“ unverzüglich einzuberufen und für einen Neustart nach dem Lockdown 200.000 € der Osnabrück Marketing GmbH zur Verfügung zu stellen.

Das Forum „Zukunftsfähige Innenstadt“ muss endlich in die Puschen kommen; auch im Hinblick auf die 150 Millionen €, die das Land Niedersachsen für die Wiederbelebung der Innenstädte zur Verfügung stellt. Osnabrück als Stadt zum Leben und Erleben muss alles dafür tun, den vielfältigen Einzelhandel, die Gastronomiebetriebe, Künstler und Kulturschaffende und die Dienstleistungsunternehmen zu erhalten. Wohnen, Leben, Arbeiten, Kultur und Begegnung, all das macht eine zukunftsfähige Osnabrücker Innenstadt aus.“

Zum Hintergrund:

Die am 09. März beschlossenen [Impulse](#) für eine lebendige Innenstadt sehen die Einführung eines Stadtgutscheinsystems und den Ausbau und Ergänzung der Marketingplattform [„Osnabrück bringtst“](#) vor. Beim Einzelhandel und der Gastronomie soll der konkrete Bedarf nach Ausbau und Förderung von ergänzendem Onlinevertrieb (Ausbau von „Osnabrück bringtst“) als lokale Online-Handelsplattform oder Förderung von Einzelprojekten) abgefragt werden.



Von Kcoonsulting87 - Eigenes Werk SA 4.0 <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=77308405>

Finanzskandal bei Greensillbank

Mittels eines einstimmig verabschiedeten Dringlichkeitsantrages der FDP-Fraktion wurde zu Beginn der Ratssitzung der TOP Greensillbank auf die Tagesordnung gesetzt. In einem Wortbeitrag äußerte sich DIE LINKE. Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

Fortsetzung von Seite 2



„Frau Ratsvorsitzende, Herr Oberbürgermeister, Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

ich habe mir in den letzten zwei Tagen die ganzen Unterlagen durchgelesen, die wir zugeschickt bekommen haben, auch Zeitungen zu diesem Thema noch einmal gelesen. Ich habe mir dann einige Punkte notiert, was für uns jetzt wichtig ist zu tun.

Und ich denke, da wird schon richtig vorgegangen, wenn wir als Erstes sagen, wir wollen uns die ganzen Vorgänge tatsächlich angucken und mit einander besprechen: was ist wann wie entschieden worden. Das können wir im Finanzausschuss in der Sondersitzung machen und es ist auch richtig, dass das Rechnungsprüfungsamt angerufen wurde, um sich das Ganze genau anzusehen und uns tatsächliche Fakten zu geben.

Und dann können wir sagen, gab es Versäumnisse? Ist richtig gehandelt worden? Wo sind woanders Fehler gelaufen? Um dann Konsequenzen auch daraus zu ziehen.

Und schönen Dank, Herr Philipp, dass Sie in der Situation sich vor die Mitarbeiter in ihrem Bereich stellen können. Das ist gut in einer solchen Situation. Und erfährt unsere Unterstützung.

Wenn es dann an unserer Richtlinie liegt, dass da Lücken offen waren zum Handeln, da wir ja als Ratsmitglieder von diesem Vorgang gar nichts gewusst haben, dann müssen wir uns das genau angucken und die Grünen haben einen ganzen Katalog von Fragen gestellt, anhand der Finanzrichtlinie, dass wird dann noch einmal nach zu arbeiten sein.

Aber, was natürlich bleibt, ist zu gucken, was ist mit unserem Geld und was ist mit unserem Haushalt? Was können wir finanzieren, vor allen Dingen, dass was notwendig ist. Wir haben gerade in dieser Situation große Probleme im sozialen Bereich, aber auch unsere hiesige Wirtschaft braucht Unterstützung, damit unterstützen wir auch den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Ich habe noch einen anderen Punkt gefunden, weil ich mich im Moment ein bisschen mehr mit Finanzpolitik beschäftige. Und ich denke, wir müssen noch einmal einen anderen Blick wagen. Mal angucken, reichen diese staatliche Systeme

me denn aus, um Banken unter Kontrolle zu bringen? Und einen Punkt habe ich noch entdeckt. Was sind eigentlich die Einschätzungen der Ratingagenturen wert? Denn man muss sehen, wie die Ratingagenturen finanziert werden. Sie werden von denen bezahlt, die beurteilt werden. Und da stelle ich doch ein großes Fragezeichen hin, ob das denn eine Beurteilung ist, die ohne Zwang ist.

Also wir müssen hier viele Punkte ansehen und auch das Finanzsystem insgesamt betrachten. Wenn man sich anguckt, wie Banken zur Zeit Geschäfte machen, das ist auch nachlesbar, so machen sie es in den seltensten Fällen mit ihrem eigenen Geld. Und dass sind Punkte, bei denen es dann in so einer Situation kracht, so wie wir es jetzt erlebt haben.“

Zum Hintergrund:

Die Stadt Osnabrück hatte im Herbst 2020 einen Liquiditätsüberschuss und versuchte das Geld auf einem Festgeldkonto anzulegen. Daraufhin ließ sich die Stadt Finanzangebote von verschiedenen Finanzinstituten geben. Die meisten Banken verlangten hohe Verzinsungen (Negativzinsen). Durch Vermittlung eines Finanzmaklers legte Osnabrück für einen Minizins von 0,02 Prozent insgesamt 14 Millionen Euro bei der Greensill Bank in Bremen an.

Seit Oktober 2017 sind Gelder, die von Kommunen bei Privatbanken angelegt werden, nicht mehr durch einen Einlagensicherungsfond abgesichert. Nach dem Insolvenzantrag der Bremer Bank verliert die Stadt ihre Einlagen.

Laut einem [Fachaufsatz](#) von Prof. Rudolf Hickel steht die Greensill Captiy Pty Limitel im Zentrum eines von Lex Greensill erschaffenen finanzoligarchischen Netzwerkes. Zu den Knoten zählen Großinvestoren wie der britisch-indische Stahlmagnat Sanjeev Gupta und der Finanzoligarch Masayoshi Son, aber auch die Private-Equity-Gesellschaft APOLLO.

Die Linksfraktion unterstützt Hickels Forderungen zur Finanzmarktregulierung: Wirksame Kontrolle der Großkreditvergabe und der Forderungsverpackung, Stärkung der unabhängigen Wirtschaftsprüfung und der Rating-Agenturen durch die Entkoppelung von Beauftragung und Bezahlung sowie der Abbau der Intransparenz der FinTech-Plattformenökonomie.

Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)
0152 56 750 888
Heidi Reichinnek
0170 40 60 502

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Martin Teicher
Zimmer 19, Bierstraße 29/31
eMail:
linksfraktion@osnabrueck.de